

Falschgeld, Drogen, Menschenrechte: Sechs Parteien in der Sackgasse?

Nach der Ausweitung der amerikanischen Nordkorea-Agenda

Hanns Günther Hilpert / Kay Möller

Die Entscheidung der Bush-Administration, kriminelle Aktivitäten und Menschenrechtsverletzungen Pyöngyangs zu thematisieren, könnte die Sechsparteiengespräche, die mit dem Ziel einer Lösung des nordkoreanischen Atomproblems geführt werden, in eine Krise stürzen. Wenn die USA sich nicht auf die Forderung beider Koreas einlassen, diese Themen bilateral und separat von den Nuklearverhandlungen mit dem Kim Chung-il-Regime anzusprechen, geben sie damit möglicherweise zu erkennen, daß sie kein Interesse mehr an einer nuklearen Abrüstung Nordkoreas auf Grundlage der Gegenseitigkeit haben.

Am 6. November 2005 kündigte das Zentralorgan der nordkoreanischen Arbeiterpartei an, Pyöngyang werde sich aus den Sechsparteiengesprächen mit Washington, Peking, Seoul, Tokyo und Moskau über sein Atomwaffenprogramm zurückziehen, falls die USA Sanktionen nicht wieder aufheben, die sie im September gegen eine Bank in Macau verhängt hatten. Die Bank war einer Beteiligung am Vertrieb gefälschter Dollarnoten durch Nordkorea beschuldigt worden. Die Bush-Administration lehnte bilaterale Verhandlungen zu diesem Thema indes ebenso ab wie zuvor schon in der Nuklearfrage. Im Oktober entschied sich Washington für eine weitere Sanktion und froh die amerikanischen Konten von acht nordkoreanischen Firmen ein, über die angeblich Massenvernichtungswaffen ins Aus-

land gelangt waren. Im Dezember wurde das Kim Chung-il-Regime auf einer mit amerikanischer Unterstützung in Seoul veranstalteten Konferenz wegen seiner Menschenrechtspolitik öffentlich angeprangert.

Die amerikanischen Schritte erfolgten während der fünften Runde der Sechsparteiengespräche, bei der sich die Demokratische Volksrepublik (Nord-) Korea (DVRK) im September grundsätzlich zu einer Aufgabe ihres Atomwaffenprogramms bekannt und die anderen Fünf Pyöngyang im Gegenzug die Akzeptanz einer friedlichen Nutzung der Atomenergie, die Lieferung von Ersatzenergie und andere Wirtschaftshilfen in Aussicht gestellt hatten. Die amerikanische Seite hatte in diesem Kontext einen Gewaltverzicht erklärt und sich zu einer lang-

fristigen Normalisierung der Beziehungen zur DVRK bereit gefunden.

Die jüngste Ausweitung ihrer Nordkorea-Agenda um die Themen Drogen, Falschgeld und Menschenrechte wurde von Beobachtern als neuer Versuch der Hardliner innerhalb der Bush-Administration interpretiert, die Gespräche zu behindern oder gar zum Scheitern zu bringen. Damit könnte aus verhandlungstaktischen Differenzen mit China, Rußland und Südkorea ein offener Dissens mit ungewissem Ausgang werden.

Falschgeld und Drogen

Als Präsident George Bush im September 2003 seiner »wachsenden Überzeugung« Ausdruck gab, daß das Kim Chung-il-Regime Opium anbauen läßt und daß staatliche Stellen der DVRK am Handel mit Heroin und Methamphetaminen in Ostasien beteiligt sind, hatte er in der Sache vermutlich recht. Nach Einschätzung des State Department wird in Nordkorea auf einer Gesamtfläche von 4200–7000 Hektar Opium angebaut. Der Ertrag würde das Land nach Afghanistan und Birma zum drittgrößten Produzenten der Welt machen. Zu den wichtigsten Abnehmern gehören Japan, Rußland und China, wobei über die beiden letzteren anscheinend auch europäische Staaten beliefert werden.

Seit 1976 wurden in 20 Staaten mindestens 50 Nordkoreaner verhaftet, die mit Drogen gehandelt hatten oder in andere kriminelle Aktivitäten verwickelt waren, darunter Schmuggel von Nashorn-Hörnern, Elfenbein und bedrohten Tierarten, illegaler Handel mit Gold und mit Diamanten aus Konfliktzonen sowie Markenpiraterie bei Zigaretten, Medikamenten etc. Die Festgenommenen waren vielfach Diplomaten oder Mitarbeiter nordkoreanischer Handelsvertretungen.

Das amerikanische Außenministerium hatte die Problematik mit Rücksicht auf die Verhandlungen über das Atomprogramm heruntergespielt und sich 2002 um eine bilaterale Erörterung des Drogenthemas bemüht, wobei aus Pyöngyang grundsätz-

lich positive Signale gekommen waren. Auch die Sanktionen vom September gelten einzig der Involvierung der macanesischen Bank Delta Asia in die hochwertige Fälschung von Hundertdollarnoten; über einen Zusammenhang mit dem Drogengeschäft gab es nur Andeutungen. Das State Department hat seit 1998 regelmäßig über Fälscheraktivitäten der DVRK berichtet, nachdem in den neunziger Jahren Falschgeld mit einem Gesamtwert von ca. 5 Mio. US-Dollar in Macau, Kambodscha, Rußland und anderswo sichergestellt worden war. Im August 2005 wurden bei Razzien in den USA 4,4 Millionen Hundertdollarblüten beschlagnahmt, die aus Nordkorea stammen sollen. Die macanesische Bank war nach Mitteilung des amerikanischen Finanzministeriums seit über zehn Jahren in Nordkoreas Handel mit Falschgeld und gefälschten Markenzigaretten verwickelt.

Menschenrechte

Die Bush-Administration hat Pyöngyang wiederholt schwerer Menschenrechtsverstöße bezichtigt und kann sich dabei auf Flüchtlingsberichte und die Erkenntnisse internationaler Menschenrechtsorganisationen berufen. Die DVRK ist in der Tat eines der repressivsten Regime, wenn nicht das repressivste weltweit. Trotz seiner Mitgliedschaft in beiden UN-Menschenrechtspakten verletzt es nahezu sämtliche internationale Standards eklatant und routinemäßig. Nordkorea soll 200 000 politische Gefangene in Arbeitslagern interniert haben und droht Tausenden Flüchtlingen für den Fall ihrer Rückführung mit Haft, Folter und Tod. Die UN-Menschenrechtskommission hat Pyöngyang seit 2003 dreimal in (von EU-Staaten eingebrachten) Resolutionen kritisiert und zu einem Dialog aufgefordert, den Nordkorea bisher nur in sehr begrenztem Umfang aufgenommen hat. Im Oktober 2004 verabschiedete der US-Kongreß einen *North Korea Human Rights Act*, auf dessen Grundlage ein Sonderbeauftragter des State Department bestellt und interessierte Nichtregierungsorganisationen gefördert

wurden. Die wichtigste dieser Organisationen ist Freedom House, das im Dezember 2005 in Seoul eine zweite internationale Konferenz zum Thema Menschenrechte in Nordkorea veranstaltete, an der neben zumeist konservativen südkoreanischen und ausländischen Gruppen auch der amerikanische Sonderbeauftragte Jay Lefkowitz teilnahm (eine dritte Konferenz soll 2006 in Europa stattfinden).

Während unter Nordkoreas Nachbarn wenig Zweifel über den Ernst der Menschenrechtslage in der DVRK besteht, haben Südkorea, China und Rußland für eine zurückhaltende Behandlung des Themas plädiert, um die Nuklearverhandlungen nicht zu gefährden (so hat sich Seoul bei einschlägigen Abstimmungen im UN-Rahmen in letzter Zeit stets der Stimme enthalten). Als Präsident Bush Pyöngyang 2001 auch unter Verweis auf dieses Problem als Teil der »Achse des Bösen« identifizierte, löste er damit eine bilaterale Eiszeit aus. In diesem Klima bekannte sich Nordkorea im folgenden Jahr zum Besitz der Atombombe und gab 2003 seinen »endgültigen« Austritt aus dem Atomwaffensperrvertrag bekannt.

Keine Verhandlungen mit Schurken?

Die augenscheinliche Wiederaufnahme ihrer »Schurkenstaat-Rhetorik« von 2001 und die Unwilligkeit der Bush-Administration, mit Pyöngyang in einen deeskalierenden Dialog einzutreten, signalisiert entweder eine neue Verhandlungstaktik oder Washingtons Distanzierung von den Sechsparteiengesprächen. Für letztere Interpretation spricht die amerikanische Behauptung einer Teilfinanzierung des nordkoreanischen Staatshaushalts und damit des Militärs und des Atomwaffenprogramms mit Deviseneinnahmen aus kriminellen Aktivitäten und mit weiteren verdeckten Einnahmen. Das Ausmaß dieser Aktivitäten dürfte angesichts des nordkoreanischen Defizits im Warenhandel von mindestens 700 Mio. US-Dollar nicht unerheblich sein. Darüber hinaus konstruiert die Bush-Administration Querverbindun-

gen zwischen der in Nordkorea herrschenden Hungerkatastrophe und der Mißachtung der Menschenrechte. Dabei kann sie auf starke Indizien für eine Zweckentfremdung humanitärer Hilfen zugunsten des nordkoreanischen Militärs verweisen. Washington hat trotz Sanktionen eigene Spenden bisher weiterhin fließen lassen, hält aber derzeit die Auslieferung von 25 000 Tonnen Lebensmitteln zurück, weil die DVRK internationale Hilfsorganisationen des Landes verweisen und eine Kontrolle über die Verteilung weitgehend ausschließen will.

Außenministerin Condoleezza Rice stellte im März 2005 einen Zusammenhang zwischen Menschenrechten, humanitären Hilfen und Sechsparteiengesprächen her. Indem sie solche Zusammenhänge und Querverbindungen aufzeigen und ansatzweise belegen, könnten die USA ihre zwischenzeitlich ausgesetzte Schurkenstaat-Rhetorik wiederbeleben und damit die Nuklearverhandlungen bewußt aufs Spiel setzen. Um eine solche Entwicklung abzuwenden, hat Seoul an Washington appelliert, das Falschgeldthema in direkten Kontakten mit Pyöngyang zu behandeln und so den Willen zu einer Fortsetzung der Atomverhandlungen zu bekunden.

Für eine eher taktische Interpretation des amerikanischen Kurswechsels spricht die Unzufriedenheit der Bush-Administration mit der durch chinesische Vermittlung zustande gekommenen Grundsatzerklärung der Sechs Parteien vom September 2005. Darin akzeptieren die Fünf den Anspruch der DVRK auf einen von ihnen zur Verfügung zu stellenden Leichtwasserreaktor und kündigen an, darüber »zur angemessenen Zeit« Gespräche führen zu wollen. Nordkorea hatte den Kompromiß gleich nach den Verhandlungen wieder in Frage gestellt und den Reaktorbau vor Aufgabe seines Atomwaffenprogramms verlangt. Damit zeichnet sich eine langwierige Diskussion über einen Zeitplan für schrittweise Zugeständnisse und »Belohnungen« ab. An einer solchen Diskussion war aus Sicht der Republikanischen Hardliner das

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2005
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

1994 erzielte Rahmenabkommen zwischen der Clinton-Administration und Pyöngyang gescheitert, in dem es ebenfalls um den Bau von (seinerzeit zwei) Leichtwasserreaktoren ging. Glaubt man einem späteren Eingeständnis des Kim Chung-il-Regimes, so hatte dieser Vertrag die DVRK tatsächlich nicht daran gehindert, ihr Nuklearprogramm während der Implementierung fortzuführen. China, Südkorea und Rußland haben 2005 versucht, Nordkorea mit dem Angebot von Ersatzenergielieferungen jedenfalls vorerst zu einem Verzicht auf den Leichtwasserreaktor zu bewegen. Aber auch ein solches Zugeständnis scheint Washington angesichts leidvoller Erfahrungen derzeit zu weit zu gehen. Wenn diese Interpretation zutrifft, ginge es den USA in erster Linie darum, den Druck auf Peking und Seoul zu erhöhen. Dabei könnte China nicht nur aufgrund seiner Zwangsrepatriierung nordkoreanischer Flüchtlinge, sondern möglicherweise auch wegen einer (in den USA gelegentlich angedeuteten) Verwicklung in Pyöngyangs Drogengeschäfte und Rüstungsprogramme zunehmend in die Schußlinie geraten.

Deutsche und europäische Interessen

Deutschland und die EU befürworten eine Lösung des nordkoreanischen Atomproblems durch die Sechs Parteien, und die EU versucht, sich noch vor Implementierung eines möglichen Abkommens ein Mitspracherecht zu sichern. Die europäische Seite unterstützt darüber hinaus die südkoreanische Entspannungspolitik und hat 2001/02 versucht, mit technischen Hilfsangeboten an Pyöngyang sowohl eine Lösung des Atomproblems als auch die Nord-Süd-Entspannung zu fördern. Seit 1997 beteiligt sich die EU an humanitären Hilfen für die DVRK und hat im Rahmen des nordkoreanisch-amerikanischen Nuklearabkommens von 1994 zu Energiehilfen beigetragen und an dem früheren Leichtwasserreaktorprojekt mitgewirkt.

Schließlich gehört Europa im Prinzip zu

den Zielgebieten nordkoreanischer Drogen- und Falschgeldhändler und der mit nordkoreanischer Hilfe im Iran und anderswo gebauten Raketen. Neun EU-Mitgliedstaaten beteiligen sich an der *Proliferation Security Initiative* der Bush-Administration, die der Aufbringung von Schiffen und Flugzeugen dient, die Komponenten für Massenvernichtungswaffen transportieren und von Beobachtern gelegentlich in einen Zusammenhang mit dem Kampf gegen den internationalen Drogenhandel gebracht wurden.

2001 hatte die EU im Zuge der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mehrerer Mitgliedstaaten zur DVRK einen Menschenrechtsdialog mit Nordkorea vereinbart, der von Pyöngyang nach einer einzigen Sitzung abgebrochen worden war. Unter anderem deshalb haben EU-Mitglieder erfolgreich Resolutionsentwürfe in der Menschenrechtskommission und Vollversammlung der Vereinten Nationen eingebracht und in diesem Kontext Versuche der DVRK kritisiert, eine Kontrolle bei der Verteilung humanitärer Hilfen weitgehend auszuschließen.

Während Europa bislang bemüht war, die Nichtverbreitungs- und Entspannungsaspekte in seiner Nordkoreapolitik auszubalancieren, könnte es sich angesichts der jüngsten Entwicklungen zunehmend gezwungen sehen, Farbe zu bekennen. Dabei muß es in erster Linie darum gehen, die Sechsparteiengespräche zu retten, weshalb sich die EU die südkoreanische Forderung nach bilateralen amerikanisch-nordkoreanischen Verhandlungen über die »Nebenschauplätze« Falschgeld, Drogen und ggf. Menschenrechte zu eigen machen sollte. Kontraproduktiv wäre in diesem Stadium ein europäisches Engagement in der Frage zivile Nutzung/Ersatzenergie, wo die DVRK einmal mehr versucht, sich Meinungsverschiedenheiten unter den Fünf zunutze zu machen. Grundsätzlich und ungeachtet aller sonstigen Ambitionen sollte das EU-Interesse prioritär der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und erst in zweiter Linie dem Entspannungsprozeß auf der Koreanischen Halbinsel gelten.